



SCHWEIZERISCHE HAUPTVERTRETUNG  
FÜR DIE BRITISCHE ZONE HU/ws

Meine Nr. ...Pol. Ber. Nr. 12

Ihre Nr. ....

FRANKFURT/M. den 8. August 1949.

Myliusstr. 20  
Tel. 78486/5

*son circulation*  
M. VIII 2c

*Pa. 16.*

*Referat  
25.8.49 / K*

Herr Bundesrat,

Am 14. August sind 25 Millionen Wahlberechtigte der 11 westdeutschen Länder aufgerufen, den deutschen Bundestag zu wählen. Gemäss Wahlgesetz werden von den 400 Kandidaten 60 % nach dem Personenwahlssystem und 40 % gemäss Proporz bestimmt. Der Bundestag bildet zusammen mit den 400 "Länderdelegierten", welche von den Regierungen und Parlamenten der Länder bezeichnet werden, die Bundesversammlung, deren Hauptaufgabe ist, den Bundespräsidenten zu wählen. Hierauf wird auf Vorschlag des Staatsoberhauptes vom Bundestag - ohne Mitwirkung des Kollegiums der Länderdelegierten - der Bundeskanzler gewählt. Die Einberufung des Bundestages ist für den 5. September vorgesehen.

Die Vorbereitungen zur Wahl finden in voller Freiheit statt. Ihre einzige Beschränkung besteht darin, dass nur Parteien, welche durch die Besetzungsmächte lizenziert wurden, zugelassen sind. Indessen fällt diese Bestimmung nicht stark ins Gewicht, da je 500 Wähler einen Einzelkandidaten nominieren können. Verschiedene Bewegungen wurden nicht lizenziert, und dies gab ihnen den Vorwand, die Wählerschaft zum Wahlboykott wegen der Verletzung der politischen Freiheit aufzurufen. Im grossen ganzen gehen 4 Parteien in den Wahlkampf: die beiden grossen Parteien der Christlich Demokratischen Union und der Sozialdemokratischen Partei, welche sich in den Länderparlamenten bisher ungefähr die Wage hielten, und in

Herrn Bundesrat Max Petitpierre,  
Vorsteher des Eidg. Politischen Departements,  
B e r n .



bedeutendem Abstand hinter ihnen die Demokratische Partei und die Kommunistische Partei. Die Flüchtlinge, welche eine Masse von 8 Millionen Menschen ausmachen, bilden keine Partei, desgleichen tritt keine gesamtdeutsche Rechtspartei auf. Manche Politiker bedauern dies, da sie diese Elemente lieber in einer verantwortlichen Partei-gruppierung als im Untergrund wirken sähen. Dagegen treten in verschiedenen Ländern regionale Rechtsparteien auf. Die bedeutendste ist die Bayernpartei.

Auffallend ist, mit welcher Zurückhaltung sich Presse, Politiker und auch die Parteien über die Aussichten der bevorstehenden Volksbefragung äussern. Diese Reserve ist verständlich weil dieser Wahlgang noch mehr als üblich von Imponderabilien beherrscht ist. Zunächst fehlt es an historischen Anhaltspunkten. Die Wahlen vom 14. August sind die ersten gesamtdeutschen Parlamentswahlen seit 1933. Alle Volkskonsultationen unter dem Besetzungsregime waren Wahlen auf der Ebene der Gemeinden oder Länder. Ausserdem liegen sie zwei Jahre zurück. Unterdessen haben sich die Verhältnisse von Grund aus geändert. Geschehnisse von umwälzender Bedeutung wie die Währungsreform haben tiefen Einfluss auf alle Gebiete des Lebens genommen. Im grossen ganzen wird sich die Währungsreform als konsolidierender und stabilisierender Faktor auswirken, der einer Radikalisierung der Wähler, wie sie sonst erfolgt wäre, entgegenwirkt. Indessen ist die Euphorie, welche nach dem "Wunder der Währungsreform" die Massen erfasst hatte, verpufft. Ein gefährlicher Mangel an Kaufkraft und ein Anstieg der Arbeitslosen auf über 1,2 Millionen hat eine starke Welle der Unzufriedenheit hervorgerufen. Die grosse Unbekannte der Wahl ist die Jugend sowie eine Masse von 8 Millionen Flüchtlingen, heimatlose, verelendete, erbitterte Existenzen: politischer Flugsand. Beide Schichten haben den Anschluss an die historischen Parteien nicht gefunden, ja nicht einmal gesucht. Radikalisierend wird sich auswirken, dass das Gesetz über den Lastenausgleich

bis zur Stunde von den Alliierten nicht genehmigt worden ist. Wäre dieses seit Monaten fix und fertige Gesetz bereits in Kraft, so würden starke stabilisierende Wirkungen von ihm ausgehen, nicht nur bei den Flüchtlingen, sondern bei Millionen weiterer verelendeter Rentner und Kriegsgeschädigter.

Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass im Gros der Wählerschaft, im Bürgertum und in der Arbeiterschaft, die Ueberlieferungen des Fleisses, der Tüchtigkeit und der Ordnungsliebe nicht ausgestorben sind. Trotz jahrelanger Demoralisierung durch das politische Regime sowie das Wirtschaftschaos der Nachkriegszeit erwiesen sich diese Kräfte bemerkenswert stark. Die Arbeiterschaft ist überwiegend nicht radikal, vor allem auf die Erhaltung der sozialen Errungenschaften bedacht. Dagegen ist eine demokratische Erneuerung im Bürgertum kaum zu bemerken. Diese Schicht ist nach wie vor von erschreckender politischer Unerfahrenheit und Ahnungslosigkeit, überdies von vielen Ressentiments erfüllt und daher in einem Zustand politischer Labilität. Für Bürger wie Arbeiter stehen bei weitem materielle Interessen im Vordergrund: Arbeit, Nahrung, Wohnung. Diese Sorgen sind - man kann es verstehen - vorläufig noch von so elementarer Kraft, dass trotz aller "demokratischen Erziehung" durch die Besetzungsmächte - oder vielleicht auch deswegen - Appelle an die Ideale der politischen Rechte und Freiheiten nur auf begrenztes Echo stossen.

Dagegen ist in fast allen Bevölkerungskreisen - auch in der Arbeiterschaft - das nationale Selbstbewusstsein in deutlichem Steigen. Leider haben Rücksichten auf diese Tatsache der Wahlkampagne ihren Stempel aufgedrückt. Obwohl es an grossen Problemen der Innenpolitik wahrlich nicht mangelt, lassen die Parteiprogramme grosse, umfassende Pläne, wie sie wahrhaftig am Platze wären, vermissen; die Parteiredner beschäftigen sich hauptsächlich mit Fragen der Aussenpolitik. Die Besetzungsmächte werden heftig

angegriffen, am heftigsten die Engländer, denen vorgeworfen wird, dass sie die Demontage aus Konkurrenzfurcht und handelspolitischen Interessen durchsetzen. Es ist ein bezeichnender und für die Zukunft vielsagender Undank, dass völlig übergangen wird, dass zur Zeit die Hälfte der Lebensmittel- und Rohstoffimporte durch amerikanische Hilfen bezahlt werden. Es war zu erwarten, dass das Nationalgefühl des Volkes mit der Errichtung des neuen Staates aus seiner jahrelangen Apathie wieder erwachen würde. Dies ist eine an sich natürliche Entwicklung. Indessen leistet die demagogische Art, wie die Parteien auf diese nationale Welle sich einstellen, der Entwicklung ins Nationalistische Vorschub. Der Umstand, dass die Kommunistische Partei sich als Vorkämpferin gegen die Besetzungsmächte aufspielte, verführte die übrigen Parteien zu einem Wettlauf um nationale Gesinnung. Vor der Wahlkampagne konnte nicht behauptet werden, dass im Nachkriegsdeutschland nationalistische und militaristische Strömungen die Oberhand gewonnen hätten. Die Entscheidung war und ist auch heute noch nicht zugunsten dieser Richtung gefallen. Indessen fördert die Wahlkampagne zweifellos diese Entwicklung.

Es ist schwer, aus dieser unübersichtlichen Lage ein Fazit zu ziehen. Die Prognose der politischen Auguren sind wie gesagt sehr zurückhaltend. Was zunächst die beiden Hauptparteien, die Christlich Demokratische Union und die Sozialdemokratische Partei, anbetrifft, so hört man im allgemeinen die Erwartung, dass die bürgerliche Partei Stimmen verlieren und die sozialistische ihren Bestand wahren oder leicht vermehren wird. Die Meinungen stimmen darin überein, dass die Freie Demokratische Partei erhebliche, sogar recht erhebliche Gewinne verzeichnen wird. Was endlich die Kommunistische Partei anbetrifft, so wurden ihre Aussichten nicht günstig beurteilt. Indessen könnte ihr die oben erwähnte Verzögerung des Gesetzes über den Lastenausgleich unerwartete Gewinne aus

den Kreisen der erbitterten Flüchtlinge, Sozialrentner und Bombengeschädigten eintragen.

Dieses erste deutsche Bundesparlament wird Entscheidungen treffen müssen, die das zukünftige Schicksal Deutschlands auf lange Sicht hinaus bestimmen werden, nach innen ebenso wie nach aussen. Es zeigt sich aber ein erschreckender Mangel an führenden Persönlichkeiten. Bisher ist kaum ein Dutzend von Männern sichtbar geworden, die auf der Höhe der wahrhaft überwältigenden Aufgaben der Zukunft ständen. Dies und der gehässige, von persönlichen Feindschaften und unsachlichen Gesichtspunkten beherrschte Wahlkampf lässt die bange Frage stellen, ob die Zeit für die Form einer Demokratie in Deutschland wirklich bereits reif ist.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE HAUPTVERTRETER  
FÜR DIE AMERIKANISCHE UND BRITISCHE ZONE

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'L. Huber', written in a cursive style with a long horizontal stroke at the end.